

**Eva G. Heidbreder (Wien) /  
Stephan D. Hofer (München)**

## **Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich**

### **Erfolgreiche Graduiertenkonferenz bietet Anstoß für weitere Initiativen**

*Was ist die Zukunft der Politikwissenschaft in Österreich? Welche Position haben Graduierte und DoktorandInnen in den bestehenden Strukturen? Wo bestehen inhaltliche und methodische Mankos? Und wie kann nachwuchswissenschaftliches Potential besser eingebunden sowie gefördert werden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt von powi04, der ersten österreichischen Graduiertenkonferenz für die Politikwissenschaft, die vom 13. bis 15. Mai 2004 in Wien stattfand. Ziel der Konferenz war es einerseits, die wissenschaftliche Vernetzung und den akademischen Austausch zu fördern und andererseits, allgemeine Probleme für DissertantInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen anzusprechen, um mögliche Verbesserungen anzustoßen. Mit über 100 TeilnehmerInnen waren sowohl die öffentlichen Podiumsveranstaltungen als auch die intensive wissenschaftliche Arbeit zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten ein voller Erfolg. Neben einigen Eindrücken zum Ablauf der Konferenz, soll im Folgenden darauf eingegangen werden, welche Punkte sich in den Debatten um eine stärkere Einbindung junger WissenschaftlerInnen im Stadium der Dissertation herauskristallisiert haben – in der Hoffnung, dass die powi04 tatsächlich ein erster Schritt für weitere Initiativen zur Erweiterung der österreichischen Wissenschaftslandschaft war.*

#### **Perspektiven für die Nachwuchsförderung**

Den Anfang der Konferenz, und gleichzeitig Signal an ein breiteres öffentliches Publikum, machte die Podiumsdiskussion „Politikwissenschaft in Österreich: Perspektiven für die Nachwuchsförderung“. Angesprochen wurden in der mit circa 150 ZuhörerInnen voll besetzten Aula des Alten AKH die mangelhafte institutionelle und inhaltliche Einbindung von DoktorandInnen in Österreich, deren prekäre sozio-ökonomischen Verhältnisse und unsichere Zukunftsperspektiven in der österreichischen Forschungslandschaft. Die TeilnehmerInnen am Podium vertraten verschiedene, in der Postgraduiertenausbildung involvierte Institutionen und diskutierten die aufgeworfenen Themen vor ihrem jeweils spezifischen Hintergrund.

In ihrer Funktion als Vorständin des Instituts für Politikwissenschaft, Vorsitzende der Studienkommission für das Doktoratsstudium an der human- und sozialwissenschaftlichen Fakultät und designierte Vizedekanin der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Wien legte Eva Kreisky zu Beginn einige allgemeine Zahlen vor: Insgesamt sind etwa 15.000 DoktorandInnen in Österreich eingeschrieben. Davon beziehen nur fünf Prozent ein Stipendium, während 47 Prozent einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Am Institut für Politikwissenschaft in Wien sind durchschnittlich etwa 220 DoktorandInnen inskribiert, wobei im letzten Jahr diese Zahl auf 260 gestiegen ist. Während allein die DoktorandInnen für Politikwissenschaft Studiengebühren in der Höhe von 95.000 Euro einzahlen, betrug das Lehrbudget für

Forschungsseminare und DissertantInnenseminare für die gesamte human- und sozialwissenschaftliche Fakultät im Vorjahr lediglich 83.000 Euro. „Mit diesen Strukturproblemen“, so Eva Kreisky, „werden Doktoratsstudierende und BetreuerInnen allein gelassen“. Denn obwohl insbesondere im Doktoratsstudium die Einheit aus Forschung und Lehre umgesetzt werden sollte, ist dieses Ziel unter den bestehenden Bedingungen und dem zusätzlich schlechten Klima kaum möglich.

Während diese Probleme auch von den anderen PodiumsdiskutantInnen – Rainer Bauböck, Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Gerda Falkner, Leiterin der Abteilung für Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien (IHS), Gerhard Clemenz, Vorsitzender des Senats der Uni Wien, und Thomas König, Dissertant an der Uni Wien – gesehen wurden, unterschieden sich die daraus gezogenen Schlüsse. Rainer Bauböck verglich in seinem Beitrag die Situation der DoktorandInnen in Österreich mit den Verhältnissen in Schweden oder Großbritannien. Seine Auflistung notwendiger Veränderungen beinhaltete nicht nur die Forderung nach einer massiven Aufstockung der finanziellen Ressourcen für das Doktoratsstudium. Bauböck plädierte darüber hinaus für die Abschaffung der Habilitation. Im Gegenzug trat er für eine Aufwertung des Doktorats ein, das nicht einer überholten aber gesellschaftlich noch immer dominanten „Titelsucht“, sondern allein als Qualifikation für den Wissenschaftsbetrieb dienen sollte. Ergänzend sei eine strenge Selektion beim Zugang zum Doktorat sinnvoll. Daneben, so Bauböck, wäre eine klare Profilbildung beim Angebot von Doktoratsstudien notwendig, da Österreich zu klein für Dissertationsstudien in allen Disziplinen sei.

Der Notwendigkeit zur Profilbildung in bestimmten Bereichen beipflichtend betonte Gerda Falkner in ihrem Beitrag die Rolle des IHS für die postgraduale Ausbildung in Österreich. Abgesehen von strukturellen Missständen appellierte sie allerdings auch an die individuelle Verantwortung und notwendige Motivation der DoktorandInnen, welche letztlich ausschlagge-

bend sei und sich zum Beispiel im Engagement um möglichst frühe Publikationen der eigenen Arbeiten widerspiegeln.

Die Debatte um die Internationalisierung der österreichischen Politikwissenschaft aufgreifend, betonte Gerhard Clemenz die Notwendigkeit für die Universitäten, Grundsatzentscheidungen zu treffen, um die wenigen vorhandenen Ressourcen effektiver zu nutzen. In diesem Sinne vertrat der Vorsitzende des Universitäts senates die Einführung strengerer und kompetitiver Selektionsmechanismen, damit durch einen beschränkten Zugang für eine erheblich geringere Anzahl von DoktorandInnen ein tatsächlich allumfassendes Doktoratsstudium gewährleistet werden könne. Zusätzlich hob Clemenz die bereits von anderen PodiumsteilnehmerInnen angesprochene Hinwendung zu PhD-Programmen als zukunftsweisendes Modell hervor, welche eine stärker strukturierte Ausbildung mit intensiverer Betreuung als im derzeitigen Doktoratsstudium vorsehen.

Kritisch gegenüber dieser Position äußerte sich Thomas König. Sein Plädoyer: Die strukturellen Probleme, unter denen DissertantInnen in Österreich leiden, könnten weder durch persönliche Appelle noch durch strengere Selektionsverfahren gelöst werden, da einige der zentralen Missstände nur bedingt finanzieller Natur sind. So werden DoktorandInnen in den meisten Fällen nicht in die Scientific Community integriert und allzu häufig von arrivierten WissenschaftlerInnen nicht als vollwertige KollegInnen akzeptiert. Dabei sei die Stärkung des Selbstvertrauens der DissertantInnen neben einer intensiven Betreuung die zentrale Aufgabe einer Betreuerin oder eines Betreuers. König wies darüber hinaus auf eine Arbeitsgruppe hin, die im Rahmen des Bologna-Prozesses und der europaweiten Vereinheitlichung der universitären Strukturen eine österreichische Position ausarbeiten soll. Kritik übte König an der mangelnden Einbindung von VertreterInnen der DissertantInnen in diese Arbeitsgruppe sowie einer völlig fehlenden Informationspolitik. In den Augen Königs sei dies ein Zeichen dafür, dass – ganz nach dem Muster der Implementierung des Organisationsplans an der Universität Wien – erst dann ein Diskussionsprozess über

anstehende Reformen in Gang gesetzt werden solle, wenn bereits die Eckpunkte der Neustrukturierung fest stünden.

Obwohl die Diskussion an einzelnen Stellen oberflächlich und mit distanziert behrender Gestik verlief und dabei mehr auf finanzielle als grundlegend strukturelle Probleme eingegangen wurde, kamen doch einige zentrale Probleme zur Sprache: Die soziale Lage der DoktorandInnen in Österreich ist prekär, vor allem weil nur in einem sehr geringen Ausmaß Stipendien vorhanden sind. DoktorandInnen und Lehrende leiden gleichermaßen unter den schlechten Betreuungsverhältnissen. Für DoktorandInnen drückt sich dies häufig in Vereinzeln und einer fehlenden Einbindung in die wissenschaftlichen Diskurse des Fachs aus, während es BetreuerInnen auf Grund der personellen Unterbesetzung, vor allem an den universitären Instituten, auch mit erheblichem persönlichen Einsatz nicht möglich ist, den gewünschten Austausch anzubieten. Auch wenn die Podiumsdiskussion daher weniger Visionen eröffnete als Missstände aufzeigte, war sie ein Anreiz für die Beschäftigung einer breiteren Öffentlichkeit mit dem Thema und wurde von einem Teilnehmer im Auditorium mit dem bezeichnenden Satz resümiert: „Gut, aber deprimierend“.

### **Mehr Methodensensibilität als Bedingung für die Verwissenschaftlichung der Disziplin**

Eine zweite Podiumsdiskussion widmete sich der Frage „Methoden – Blinder Fleck in der Politikwissenschaft?“. Als inhaltliche Schwerpunktsetzung wurde dieses Thema von den VeranstalterInnen deshalb gewählt, weil der bewusste, reflektierte Umgang mit Methoden sowohl in einer Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten als auch in der universitären Ausbildung noch immer einen vernachlässigten Bereich darstellt.

Nach einleitenden Stellungnahmen von Andreas Pribersky, Politikwissenschaftler an der Uni Wien, und dem Geschäftsführer des SORA Instituts, Günter Ogris, wurde die Diskussion entlang der Konfliktlinien qualitativer versus quantitativer Forschungsansätze eröffnet. Leider verblieb die Auseinandersetzung vor allem bei

einer sehr detaillierten und auf Grund des Diskussionsverlaufes durchaus anschaulichen Problemdiagnose. Während Pribersky die Vernachlässigung des methodischen Handwerkszeugs in weiten Teilen auf die Geschichte, und im besonderen die österreichische Geschichte, der Disziplin zurückführte, mokierte der Meinungsforscher Ogris, dass er als Methodiker – wenn denn überhaupt als Wissenschaftler – weder als „ordentlicher“ Soziologe noch als Politikwissenschaftler gelte. Neben der traurigen Bilanz, dass sich die Situation nicht viel anders als vor mehr als einer Dekade darstelle, verstärkten die Beiträge aus dem Auditorium das vom Podium umrissene Szenario. So wurde der im europäischen Vergleich speziell in Österreich schwierige Zugang zu Daten bemängelt, die Vernachlässigung einer systematischen Trennung von Theoriebildung und empirischer Forschung hervorgehoben und die Notwendigkeit für interdisziplinäre Offenheit unterstrichen. Ergebnis der Diskussion, in der sich vor allem die Podiumsteilnehmer in angeregte Debatten zwischen ihren unterschiedlichen methodischen Zugängen verstrickten: Eine stärkere Sensibilisierung und der bewusstere Umgang mit einem weit gefächerten Spektrum von Methoden ist notwendig, um zur weiteren Verwissenschaftlichung des Faches beizutragen – konzeptionell zeichnen sich allerdings weder in der vorherrschenden Forschungspraxis noch in der Ausbildung maßgebliche Veränderungen ab.

### **Dialog und Vernetzung über institutionelle Grenzen hinweg**

Ein weiterer öffentlicher Programmpunkt der Konferenz war die Präsentation verschiedener nationaler und internationaler Organisationen. VertreterInnen von so unterschiedlichen Institutionen wie der OSZE, der ÖGPW, dem Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP), dem Renner Institut, der Grünen Bildungswerkstatt oder auch der Caritas Österreich waren vertreten. Nach einer Vorstellungsrunde bot die *Powi-Lounge* Gelegenheit für weitere informelle Gespräche und Nachfragen, die fließend zum gemeinsamen Büffet überleitete, ein nicht zu vernachlässigender Termin für

die weitere inhaltliche wie persönliche Vernetzung über institutionelle Grenzen hinweg.

### **Inhaltliche Arbeit und Präsentation wissenschaftlicher Forschung**

In den beiden Konferenztagen wurden in fünf thematischen Arbeitsgruppen insgesamt 44 Paper präsentiert, kommentiert und in den Gruppen diskutiert. Die aktiven TeilnehmerInnen kamen zu einem großen Teil aus Wien (60 Prozent), sowie aus Salzburg und Innsbruck (nur je 6 Prozent), aber auch aus München, Potsdam, Mainz, Heidelberg, Sussex, London und Yale. Auffallend war der hohe Anteil von Männern an jenen ForscherInnen, die ein Paper präsentierten (74 zu 26 Prozent), während bei den angemeldeten TeilnehmerInnen das Verhältnis Männer zu Frauen relativ ausgeglichen war.

Thematisch wurde eine Aufteilung in die fünf Arbeitsgruppen Gesellschaft und Staatlichkeit, Österreich und Europa, Politische Theorie, Internationale Beziehungen und Transformationsprozesse vorgenommen. Um möglichst vielen WissenschaftlerInnen ein Forum für die Präsentation ihrer Arbeiten zu bieten, war das inhaltliche Spektrum nicht nur zwischen sondern auch innerhalb der einzelnen Arbeitsgruppen sehr weit gespannt. Auch wenn ExpertInnendiskussionen zu Spezialbereichen somit nur begrenzt stattfanden, erlaubte die Vielfalt andererseits die persönliche Konfrontation und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit bisher unbekanntem Themen. In der Arbeitsgruppe Gesellschaft und Staatlichkeit wurden zum Beispiel Themen wie den Wandel von Staat und Staatlichkeit oder die Konstruktion der „nigerianischen Drogenmafia“ in Österreich behandelt. Die Arbeitsgruppe Österreich und Europa umfasste integrationspolitische Themen und Fragen der europäischen Sicherheitspolitik, konzentrierte sich aber auch auf Veränderungen nationaler politischer Systeme durch den Prozess der europäischen Integration. In der Arbeitsgruppe Politische Theorie wurden wissenschaftspolitische und wissenschaftshistorische Themen ebenso wie politische Theorien von Machiavelli bis Kant und feministische Staatstheorien diskutiert. Auch in den In-

ternationalen Beziehungen reichte die Bandbreite vom theoretischen Mainstream bis zu feministischen und methodologischen Fragestellungen. In der Arbeitsgruppe Transformationsprozesse reichte die Themenpalette von sehr praktischen Fragen zur angewandten Gestaltung von Demokratisierungsprozessen bis hin zu theoretischen Abhandlungen über alternative Konzepte für „*statebuilding in post-conflict situations*“.

Die Arbeitsgruppen wurden maßgeblich durch die TeilnehmerInnen gestaltet und unterschieden sich nicht nur in ihrer Schwerpunktsetzung, sondern auch in ihrer Größe und den vorherrschenden methodischen und wissenschaftlichen Zugängen. Maßgeblich war jedoch, dass durchwegs ein offenes und konstruktives Diskussionsklima herrschte, welches den Austausch zwischen den TeilnehmerInnen mit sehr unterschiedlichen Expertisen ermöglichte. Hierzu beigetragen hat sicherlich die Tatsache, dass nicht nur abgeschlossene Arbeiten als Beiträge zugelassen waren, sondern zahlreiche Präsentationen „work in progress“ darstellten und somit Kritik und weiterführende Hinweise von den Vortragenden explizit erwünscht waren. Sowohl das ausführliche Programm als auch die Papers können von der Webpage heruntergeladen werden.

### **Initiative und Organisation**

Die *powi04* entsprang zunächst aus dem Wunsch einer kleinen Gruppe, bestehende Ressourcen zu nutzen und damit etwas Bewegung in den bestehenden Wissenschaftsbetrieb in Österreich zu bringen. Verwirklicht werden konnte diese ursprüngliche Idee nur, weil sich ein sehr engagiertes Organisationsteam fand, das sich aus ScholarInnen des IHS und DissertantInnen der Institute für Politikwissenschaft in Wien, Innsbruck und Salzburg, dem Ludwig-Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien und dem Institut für Staatswissenschaft in Wien zusammensetzte. Die ÖGPW, die als Veranstalterin fungierte und insbesondere die budgetäre Rückendeckung gewährleistete, unterstützte den ehrenamtlichen Einsatz der OrganisatorInnen von Beginn an.



Insgesamt umfasste das Organisationsteam 17 Mitglieder. Diese relativ breite Organisationsform sollte gewährleisten, dass tatsächlich alle österreichischen universitären Institute für Politikwissenschaft von Beginn an eingebunden waren. Hintergrund war nicht nur, dass Informationen an diese Institute weitergegeben wurden, sondern auch, dass eine allzu starke „Wien-Lastigkeit“ der Konferenz vermieden wurde.

### Resümee, Kritik und weitere Schritte

Insgesamt wurde die *powi04* von TeilnehmerInnen wie OrganisatorInnen gleichsam als voller Erfolg bewertet – 93 Prozent bescheinigten auf ihren Feedback-Bögen einen positiven Gesamteindruck. Vor allem der große Zulauf zu den Arbeitsgruppen und öffentlichen Diskussionen übertraf alle anfänglichen Erwartungen bei Weitem. Positiv hervorgehoben wurde von verschiedenen Seiten insbesondere die Möglichkeit der intensiven Auseinandersetzung mit den individuell eingereichten Projekten, die sich in allen Arbeitsgruppen fruchtbar und konstruktiv gestaltete.

Dies wurde auch im gemeinsamen Resümee und Feedback aus den Arbeitsgruppen betont. Als gut beurteilt wurde allgemein der egalitäre Gesprächsrahmen, welcher vor allem an den Universitäten allzu selten anzutreffen sei. Etwas zwiespältig war die Bilanz, dass gerade die Abwesenheit etablierter PolitikwissenschaftlerInnen für die egalitäre Gesprächskultur verantwortlich gewesen wäre, da es auf der anderen Seite durchaus bedauerlich war, dass trotz mehrfacher Einladung weder ProfessorInnen noch WissenschaftlerInnen aus dem universitären Mittelbau oder anderen Institutionen an der Konferenz teilnahmen. Diese Abwesenheit, so der Tenor in der Diskussion, spiegelt einerseits das mangelnde Interesse der ProfessorInnen an der wissenschaftlichen Arbeit von DoktorandInnen wider, ist andererseits aber auch ein Zeichen für die fehlende Möglichkeit zur Anbindung von DissertantInnen an existierende Strukturen. Das Fazit also: Der Idealzustand, skizziert als eine Situation, in der statt dominanter hierarchischer Strukturen arrivierte und erfahrende WissenschaftlerInnen in einem offe-

nen und kollegialen Dialog mit weniger erfahrenen WissenschaftlerInnen stehen, ist noch weit entfernt. Allerdings wurde die Konferenz allgemein als ein wertvoller Anstoß und Motivation in diese Richtung verstanden.

Diese positiven Eindrücke aufgreifend wurde in der Schlussdiskussion gelegentlich vom „*Spirit of powi04*“ gesprochen. Wichtig war es den TeilnehmerInnen an dieser Konferenz, dass dieser Geist beibehalten wird, dass es weitere Aktivitäten für die Vernetzung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gibt und dass das egalitäre Klima dieser Konferenz auf möglichst viele andere Foren übertragen wird. Als ersten Anstoß wurde mit der ÖGPW über die Gründung einer Nachwuchssektion verhandelt, eine Initiative, die vom Vorstand der ÖGPW freudig begrüßt wurde und mit der Zusage über weitere Unterstützung für kleinere Projekte, sowie einer eventuellen Neuauflage einer Nachwuchskonferenz, weiteren Zuspruch fand.

Die *powi04*, die nicht nur während der dreitägigen Veranstaltung, sondern auch in der langen Vorbereitungsphase eine große Zahl junger PolitikwissenschaftlerInnen zusammengebracht hat, hat gezeigt, wie groß der Bedarf für die konstruktive und kritische Auseinandersetzung in der österreichischen Politikwissenschaft ist. Sie hat auch gezeigt, dass trotz vielerlei verbesserungswürdiger Verhältnisse von den DoktorandInnen qualitativ hochwertige Forschungsergebnisse erarbeitet werden, die der Öffentlichkeit präsentiert werden können und sollen. Die *powi04* hat dazu beigetragen, dass die Nachwuchsförderung wieder verstärkt thematisiert wird und hat alternative Modelle für die Organisation von Doktoratsstudien skizziert. Aber vor allem war die *powi04* eine Plattform für den Austausch politikwissenschaftlicher Forschungsergebnisse und deren kritische Reflexion.

Website: [www.ihs.ac.at/powi04](http://www.ihs.ac.at/powi04)

Eva G. HEIDBREder (Wien)

E-mail: [eva.heidbreder@ihs.ac.at](mailto:eva.heidbreder@ihs.ac.at)

Stephan David HOFER (München)

E-mail: [stephan.hofer@pol.wi.tu-muenchen.de](mailto:stephan.hofer@pol.wi.tu-muenchen.de)